

Familienpolitische Regimetypen in Europa und ihre Bedeutung für den Wandel der Familie: ein Überblick über den Stand der Forschung

Lengerer, Andrea

Postprint / Postprint

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lengerer, A. (2004). Familienpolitische Regimetypen in Europa und ihre Bedeutung für den Wandel der Familie: ein Überblick über den Stand der Forschung. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft : Demographie*, 29(1), 99-121.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-66844-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Andrea Lengerer

Familienpolitische Regimetypen in Europa und ihre Bedeutung für den Wandel der Familie

Ein Überblick über den Stand der Forschung

**Family policy regimes in Europe and their relevance for the change of the family
An overview of the state of the art**

**Types de régimes politiques familiaux en Europe et leur rôle pour le changement familial
Aperçu de l'état de recherche**

Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag befasst sich mit den Familienpolitiken in den Ländern Europas und deren Bedeutung für den Wandel der Familie. Angenommen wird, dass familienpolitische Maßnahmen keine direkte Wirkung auf die Muster des partnerschaftlichen und familialen Zusammenlebens haben. Auch das Geburtenniveau kann von der Politik nicht unmittelbar beeinflusst werden. Gleichwohl hat Familienpolitik durchaus ihre eigene Bedeutung. Sie determiniert kein Verhalten, setzt aber Rahmenbedingungen für individuelle Handlungsentscheidungen. Sie nimmt Einfluss auf die Konsequenzen, die mit verschiedenen Handlungsoptionen verbunden sind und macht so deren Realisierung jeweils wahrscheinlicher oder unwahrscheinlicher.

Um etwas über die Relevanz familienpolitischer Rahmenbedingungen aussagen zu können, sind zunächst ihre wesentlichen Züge herauszuarbeiten und ihre vielfältigen Ausformungen zu klassifizieren. Dazu wurden in jüngerer Zeit verschiedene Typologien vorgeschlagen. Hier vorgestellt und diskutiert werden die Ansätze von Fux, Gauthier und Strohmeier, die unterschiedliche Kriterien zur Herausbildung familienpolitischer Regime verwenden und eine unterschiedliche Zuordnung einzelner Länder vornehmen.

Empirische Befunde zur Wirksamkeit familienpolitischer Rahmenbedingungen bzw. zur Erklärungskraft solcher Typologien liegen bislang kaum vor. Auf der Makroebene lässt sich zwar ein Zusammenhang zwischen dem Politikprofil eines Landes und der dort vorfindbaren Struktur privater Lebensformen nachweisen. Ob ein solcher Zusammenhang aber tatsächlich eine kausale Beziehung impliziert, ist bislang nicht hinreichend belegt. Hier gilt es, eine Forschungslücke zu schließen, die nicht zuletzt aus einem Mangel an geeigneten, d.h. international vergleichbaren Individualdaten resultiert.

1 Fragestellung

In nahezu allen Ländern Europas hat sich in den vergangenen Jahrzehnten ein Wandel der Familie vollzogen. Das verheiratete Elternpaar mit Kindern ist zwar nach wie vor die am weitesten verbreitete Lebensform, das Eingehen einer Ehe und die Gründung einer Familie sind aber nicht mehr selbstverständlich. Zunehmend mehr Menschen leben allein oder unverheiratet mit einem Partner zusammen, schieben Heirat und Familiengründung in ein höheres Lebensalter hinaus oder verzichten darauf ganz. Die familiendemographischen Trendverläufe sind überall ähnlich: Die Heiratsneigung geht zurück, die Stabilität von Ehen nimmt ab, nichteheliche Formen des Zusammenlebens breiten sich aus und die Geburtenzahlen gehen zurück oder verharren auf einem niedrigen Niveau.

Die Ähnlichkeit der Entwicklungen in verschiedenen Ländern legt es nahe, von einem einheitlichen, gleichgerichteten Prozess auszugehen. Angenommen wird, dass es im Zuge der gesellschaftlichen Modernisierung zu einem Wandel von Lebensformen kommt und dass dieser Wandel überall gleichförmig verläuft. Unterschiede seien lediglich im Tempo der Entwicklung möglich. Nach wie vor bestehende Differenzen zwischen Ländern werden also als Ausdruck unterschiedlicher Positionen auf einem einheitlichen Entwicklungspfad verstanden. Während in manchen Ländern der Wandel bereits früh einsetzt und inzwischen weit vorangeschritten sein soll, werden andere Länder, in denen sich die Lebens- und Familienformen noch wenig oder nur teilweise verändert haben, in einer früheren Phase der Entwicklung verortet.¹

Wenngleich kaum zu bestreiten ist, dass sich die Familie in den Ländern Europas in ähnlicher Weise wandelt, lässt ein genauer Blick auf die empirischen Befunde doch Zweifel an der modernisierungstheoretischen Sichtweise aufkommen. Die Entwicklungen verlaufen keineswegs überall einheitlich und linear. Vielmehr sind divergente Tendenzen zu erkennen und auch innerhalb einzelner Länder vollzieht sich der Wandel je nach betrachteter Dimension mitunter sehr unterschiedlich (z.B. *Kuijsten* 1996). Ein prägnantes Beispiel ist Italien, das eine der niedrigsten Geburtenziffern in Europa hat und in dem gleichzeitig die Ehe als Form des Zusammenlebens nach wie vor deutlich dominiert.

Wenn der familiäre Wandel länderspezifische Muster aufweist, stellt sich die Frage, wie diese zu erklären sind. Hier wird auf die Wirksamkeit unterschiedlicher Kontextbedingungen verwiesen, wozu ökonomische und kulturelle Besonderheiten ebenso gezählt werden wie familienpolitische Profile. Besonders die Bedeutung der Familienpolitik für die Wahl von Lebensformen und das generative Verhalten wird in jüngster Zeit wieder verstärkt diskutiert. Die Debatte darüber war zwischenzeitlich zum Stillstand gekommen, als in einer Reihe von Studien die Wirksamkeit von familienpolitischen Maßnahmen auf die Familiengründung nicht nachgewiesen werden konnte (z.B. *Höhn/Schubnell* 1986). Mittlerweile herrscht ein weitgehender Konsens darüber, dass Familienpolitik keine direkten Effekte auf Verhalten hat. Insbesondere eine Veränderung der Geburtenziffern kann mit den Instrumenten der Familienpolitik nicht unmittelbar erreicht werden.

Gleichwohl ist Familienpolitik nicht bedeutungslos.² Sie determiniert kein Verhalten, setzt mit ihren Regelungen und Maßnahmen aber Rahmenbedingungen für individuelle Handlungsentscheidungen. Je nach Ausgestaltung dieser Rah-

menbedingungen sind biographische Optionen unterschiedlich attraktiv und damit in ihrer Realisierung wahrscheinlicher oder unwahrscheinlicher. Absichten und Wirkungen familienpolitischer Interventionen müssen dabei keineswegs identisch sein. Nach *Kaufmann* (1990: 388) sind die tatsächlichen Wirkungen bestimmter Maßnahmen sogar gänzlich unabhängig von den behaupteten oder tatsächlichen politischen Intentionen. Aus dem Nichterreichen gesetzter Ziele darf aber nicht geschlossen werden, dass Familienpolitik gänzlich irrelevant sei. Die Folgen können lediglich andere als die beabsichtigten sein.

Eine handlungstheoretische Fundierung der Wirkungsweise von Familienpolitik ist allerdings schwierig. Weil politische Vorgaben per se Makrogrößen sind, familiäre Strukturen aber das Ergebnis einer Vielzahl individueller Verhaltensentscheidungen, ist ein Mehrebenenmodell notwendig (*Huinink* 1989). In einem solchen Modell ist von einem komplexen Geflecht auch wechselseitiger Abhängigkeiten auszugehen, die schwer zu identifizieren sind. Auch im vorliegenden Beitrag soll und kann dies nicht geleistet werden. Lediglich ein Überblick über bisher dazu vorhandene Überlegungen soll unter Punkt 2 gegeben werden.

Im Mittelpunkt des Beitrags steht ein Vergleich verschiedener Typologien von Familienpolitik in Europa. Um der Bedeutung familienpolitischer Rahmenbedingungen auf die Spur zu kommen, sind zunächst ihre wesentlichen Züge herauszuarbeiten und ihre vielfältigen Ausformungen zu klassifizieren. Genau dies leisten Typologien. Sie geben ein Instrument an die Hand, mit dem im Ländervergleich nach einem Zusammenhang zwischen Familienpolitik und der Struktur familialer und nichtfamilialer Lebensformen gesucht werden kann, und sie dienen der "Evaluation" familienpolitischer Regime. Verschiedene Typologien sind in jüngerer Zeit vorgeschlagen worden. Hier vorgestellt und diskutiert werden die Ansätze von *Fux* (2002), *Gauthier* (1996) und *Strohmeier* (1995). Sie weisen eine Reihe von Ähnlichkeiten auf, auch mit den wohlfahrtsstaatlichen Regimetypen *Esping-Andersens* (1990), unterscheiden sich aber hinsichtlich der Kriterien, nach denen die verschiedenen Typen von Familienpolitik gebildet werden sowie in der Zuordnung von Ländern zu den jeweiligen Typen.

Empirische Befunde zum Erklärungsgehalt von Familienpolitiktypologien liegen bislang nur in sehr begrenztem Umfang vor. Neben methodischen Schwierigkeiten ist dafür ein Mangel an geeigneten, international vergleichbaren (Individual-)Daten ursächlich. Ein kurzer Überblick über bisherige Erkenntnisse wird unter Punkt 4 gegeben. Im Ländervergleich gibt es nicht nur Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen dem familienpolitischen Profil und den Mustern privater Lebensformen, sondern auch auf Übereinstimmungen zwischen den familienpolitischen Vorgaben und Leitbildern und den in der Bevölkerung verbreiteten familienbezogenen Wertorientierungen.

Abschließend erfolgt ein Ausblick auf die Population Policy Acceptance Surveys (PPAS). Es handelt sich dabei um international abgestimmte Erhebungen von Einstellungen und Meinungen zu (familien-) demographischen Entwicklungen und darauf bezogene Politiken, die im Rahmen eines von der Europäischen Union geförderten Projekts unter dem Titel DIALOG vergleichend analysiert werden. Anhand verschiedener Fragestellungen können damit die Relevanz familienpolitischer Rahmenbedingungen bzw. der Nutzen der verschiedenen Typologien von Familienpolitik empirisch geprüft werden.

Vorab noch ein Hinweis zur Verwendung von Begriffen: Wenn im Folgenden von (privaten) Lebensformen die Rede ist, so sind damit sowohl familiäre als auch nichtfamiliäre Lebensformen gemeint. Familiäre Lebensformen zeichnen sich durch die Übernahme der Sozialisationsfunktion aus, zu den nichtfamiliären Lebensformen gehören das Alleinleben sowie die verschiedenen Formen des partnerschaftlichen Zusammenlebens ohne Kinder. Letztere werden auch als partnerschaftliche Lebensformen bezeichnet.

2 Zur Wirkungsweise von Familienpolitik

Ein auf der Makroebene vorfindbarer Zusammenhang zwischen der Familienpolitik eines Landes und dem dortigen Verteilungsmuster privater Lebensformen ist kein hinreichender Beleg für die Wirksamkeit politischer Maßnahmen. Trotzdem wird dieser Schluss gerne gezogen. Etwa dann, wenn die im europäischen Vergleich hohe Geburtenziffer Frankreichs auf die pronatalistische Politik der dortigen Regierungen zurückgeführt wird. Dahinter steht ein einfaches Kausalmodell: Die Politik setzt sich ein Ziel, implementiert eine entsprechende Maßnahme oder auch ein Bündel von Maßnahmen und erreicht damit den erwarteten Effekt.

In der sozialpolitischen Evaluationsforschung der 60er und 70er Jahre hatte dieses Modell Konjunktur und bei Politikern und in den Medien ist es nach wie vor beliebt. Verschiedene Studien haben aber gezeigt, dass sich, demographische Größen nicht direkt durch staatliche Politik beeinflussen lassen. Insbesondere das Geburtenniveau lässt sich selbst durch eine ausgesprochen natalistisch ausgerichtete Politik nicht nachhaltig verändern (*Höhn/Schubhell* 1986). Lediglich Timing-Effekte können nachgewiesen werden, die auf längere Sicht gesehen aber relativ bedeutungslos sind. Ein konkretes Beispiel hierfür sind die geburtenfördernden Maßnahmen der ehemaligen DDR, die in den späten 70er Jahren die Geburtenziffern kurzfristig haben ansteigen lassen, auf die endgültigen Kinderzahlen der betreffenden Frauenjahrgänge aber so gut wie keinen Einfluss hatten (*Dorbritz/Fleischhacker* 1995).

Will man herausfinden, was Familienpolitik bewirkt und wie sie dies tut, sind komplexere Modelle notwendig. Der einfache Nachweis von Korrelationen auf der Makroebene reicht dazu nicht aus. Ob ein solcher Zusammenhang auch tatsächlich eine kausale Beziehung impliziert, ob also die im internationalen Vergleich feststellbaren Unterschiede in der Struktur privater Lebensformen mit länderspezifischen Familienpolitikprofilen ursächlich erklärbar sind, lässt sich nur auf der Mikroebene entscheiden. Erst wenn über Zusammenhänge auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene hinaus die damit korrespondierenden Wirkungszusammenhänge auf der Ebene individuellen Verhaltens aufgeklärt sind, können mögliche Effekte familienpolitischer Maßnahmen abgeschätzt werden (z.B. *Strohmeier* 1995).

Dem liegt - einem individualistischen Ansatz folgend - die Annahme zu Grunde, dass gesellschaftliche Strukturen keine Phänomene eigener Qualität sind, sondern über die Aggregation individueller Handlungsentscheidungen zu Stande kommen (*Coleman* 1990). Im Falle der Struktur privater Lebensformen sind dies Entscheidungen für oder gegen das Eingehen einer Partnerschaft, für oder gegen die Gründung eines gemeinsamen Haushalts, die Schließung einer Ehe und den Übergang in die Elternschaft. Familienpolitik wirkt daher nicht direkt auf die Muster partnerschaft-

lichen Zusammenlebens oder auf die Fertilität, sondern vermittelt über individuelle Entscheidungen. Ein Wirkungsmodell von Familienpolitik hat also mehrere Ebenen zu berücksichtigen.

Und es bedarf einer handlungstheoretischen Fundierung. Es muss erklärt werden, warum sich Menschen in bestimmten Situationen so oder so verhalten und auf welche Weise die Politik darauf Einfluss nimmt. Hier kommen Überlegungen auf der Basis von rational-choice ins Spiel (z.B. *Strohmeier* 1995; *Fux* 2002). Während einfache deterministische Modelle annehmen, dass sich die Adressaten von Politik nach einem starren Reiz-Reaktions-Schema verhalten, treffen sie nach Auffassung der rational-choice-Theorie aus der Logik ihrer persönlichen Situation heraus überlegte und sinnvolle Entscheidungen. Als autonom und rational handelnde Akteure wägen sie Kosten und Nutzen ab und treffen auf dieser Basis z.B. eine Entscheidung darüber, ob sie mit einem Partner unverheiratet zusammenleben oder der Ehe den Vorzug geben. Die Politik setzt Rahmenbedingungen, unter denen diese Entscheidungen getroffen werden, sie determiniert aber kein Verhalten: "Policy profiles work as constraints and never as determinants" (*Strohmeier* 2002a: 345).

Eine direkte Wirksamkeit von Familienpolitik kann allenfalls im Hinblick auf rechtliche Regelungen angenommen werden. Die geringe Zahl von Ehescheidungen in Italien und Spanien lässt sich beispielsweise zu einem beträchtlichen Teil auf das in diesen Ländern sehr restriktive Scheidungsrecht zurückführen.³ Davon abgesehen definieren familienpolitische Profile Randbedingungen individuellen Verhaltens. Sie werden von den Akteuren als "relativ stabile, invariante Parameter biographischer, insbesondere generativer Entscheidungen" (*Strohmeier* 1995: 31) wahrgenommen. Wie diese Entscheidungen ausfallen, hängt von rationalen Kalkülen ab. Die Akteure wählen aus einer Anzahl von Handlungsalternativen diejenige aus, die aus ihrer Sicht den höchsten Nutzen verspricht - unabhängig davon, was die Politik sich nun gerade wünscht oder was dem Wohl der Gesellschaft dient. Relevant wird die Politik erst insofern, als sie mit ihren Regelungen und Maßnahmen Einfluss auf die Konsequenzen nimmt, die mit den jeweiligen Handlungsoptionen verbunden sind. Hier kann die Familienpolitik Anreize setzen oder Barrieren beseitigen und so das Auftreten bestimmter Verhaltensweisen begünstigen oder hemmen: "... the more a family related policy reduces a factual restriction, the higher is the probability that people will select the corresponding option, and the higher is the occurrence of a certain behavioural outcome" (*Fux* 2002: 371).

Am Beispiel des Übergangs zur Elternschaft lässt sich dies gut zeigen: Die Politik hat keinen unmittelbaren Einfluss darauf, ob sich der Einzelne für Kinder entscheidet. Sie kann weder Kinderwünsche erzeugen, noch kann sie durch finanzielle Gratifikationen Kinder "kaufen". Die Folgen des Kinderhabens können aber je nach Ausgestaltung der Politik sehr unterschiedlich sein. Während in manchen Ländern die Kinderbetreuung überwiegend in öffentlichen Einrichtungen erfolgt und Mütter meist durchgängig erwerbstätig bleiben, werden in anderen Ländern Kinder zumindest in den ersten Jahren vollständig zu Hause versorgt und eine zeitweilige Unterbrechung der Erwerbstätigkeit eines Elternteils, in aller Regel der Mutter, ist üblich. Dadurch geht die Elternschaft bei gegebenem Nutzen mit sehr unterschiedlichen Kosten einher. Der zeitweilige Verzicht auf eine Berufstätigkeit verursacht erhebliche Opportunitätskosten, die umso höher ausfallen, je höher das

entgangene Einkommen ist. Weil Letzteres wiederum eng an Bildung gekoppelt ist, bietet dies eine Erklärung dafür, dass in Ländern wie Deutschland oder der Schweiz die Wahrscheinlichkeit der Kinderlosigkeit mit zunehmender Bildung der Frauen steigt (z.B. *Grünheid* 2003, *Masia* 2003).⁴

Wie ein Mehrebenenmodell der Wirkungsweise von Familienpolitik aussehen kann, ist in Abbildung 1 wiedergegeben.

Abb. 1: Ein Mehrebenenmodell der Wirkungsweise von Familienpolitik

Fig. 1: A multi-level model of family policy impact



Quelle: In Anlehnung an *Huinink* 1989 und *Strohmeier* 1995, 2002a

Das familienpolitische Profil eines Landes ist nicht die einzige Größe auf der Makroebene, die Einfluss auf die persönliche Wahl einer Lebensform nimmt. Von Bedeutung sind auch soziokulturelle Traditionen und Werte. Die vergleichsweise geringe Verbreitung nichtehelicher Formen des Allein- oder Zusammenlebens in den Südländern Europas wird etwa auf die dort nach wie vor bestehende normative Verbindlichkeit von Ehe und Familie und die damit zusammenhängende Tradition, das Elternhaus erst mit der Heirat zu verlassen, zurückgeführt (z.B. *Kiernan* 2000: 47). Allerdings wirken kulturelle Traditionen nicht nur auf individuelles Verhalten, sondern manifestieren sich auch in der Ausgestaltung von Politik. Gerade die Familienpolitik ist in hohem Maße werthaft begründet. Sie erhebt bestimmte Lebens- und Familienformen zu gesellschaftstypischer Normalität und stützt diese Normalität über ein entsprechendes System von Maßnahmen. Ein Beispiel ist die Koppelung steuerlicher Begünstigungen an den formalen Status der Ehe. Von daher lassen sich familienpolitische Profile auch als "in Institutionen geronnene gesellschaftliche Familienleitbilder" (*Strohmeier* 2002b: 116) charakterisieren.

Eine kontrovers diskutierte Frage ist, inwieweit sich die normativ geprägten Vorgaben der Familienpolitik mit den Vorstellungen und Erwartungen ihrer Adressaten decken. *Fux* (1994, 2002) geht von einer hohen Übereinstimmung zwischen dem familienpolitischen Regime und den in der Bevölkerung verbreiteten Wertorientierungen aus. Zwar orientiere sich die Politik auch an den ökonomischen Verhältnissen eines Landes und verfolge die Interessen der jeweiligen Regierungen, richte sich ansonsten aber nach den Lebens- und Bedürfnislagen von Individuen bzw. Familien. Am ehesten ließe sich das Verhältnis zwischen der Ausgestaltung von Politik und den Wert- und Handlungsorientierungen der Menschen, als ein wechselseitiges verstehen. *Strohmeier* (2002a, 2002b) hingegen nimmt an, dass familienpolitische Interventionen keine Reaktion auf die unterschiedliche "Nachfrage" der Menschen sind, sondern einer eigenen Logik folgen. Zwar bediene das familienpolitische

Angebot national unterschiedliche Präferenzen, hinke aber gleichzeitig den Vorstellungen und Erwartungen der Menschen hinterher. Die Lebenskonzepte seien heute überall ähnlich modern, würden aber in je unterschiedlichem Ausmaß durch die Politik eingeschränkt. Als Beispiel wird der Wandel des Selbstverständnisses von Frauen angeführt. In dessen Verlauf hat die eigene Erwerbstätigkeit und die damit verbundene ökonomische Unabhängigkeit einen hohen Stellenwert bekommen. Ob und inwieweit sich die gestiegene Erwerbsneigung von Frauen aber tatsächlich in höheren Erwerbsquoten niederschlägt, hängt auf Grund unterschiedlicher Realisierungschancen einer simultanen Vereinbarkeit von Familie und Beruf ganz wesentlich vom familienpolitischen Profil eines Landes ab. Die Ursache der mangelnden Übereinstimmung von politischen Vorgaben und den biographischen Orientierungen der Adressaten sieht *Strohmeier* (2002a) in der unterschiedlichen zeitlichen Dynamik von Wandlungsprozessen auf der gesamtgesellschaftlichen und auf der individuellen Ebene: "Policies and individual lives follow different time scales, and there may well be disharmonies between the operation of common culture on the macro and on the micro level" (*Strohmeier* 2002a: 352).

3 Familienpolitische Regimes in Europa: Ein Vergleich verschiedener Typologien

Trotz ähnlicher familiendemographischer Trends ist Familienpolitik in der Europäischen Union und in Europa bis heute Ländersache geblieben. Die Motive und Ziele familienbezogener Politiken sind sehr unterschiedlich und auch die konkreten Maßnahmen zu ihrer Umsetzung variieren erheblich. In Deutschland bildet die Familie ein gesondertes Handlungsfeld von Politik und ist auf höchster Ebene in Form eines Bundesministeriums institutionalisiert. Nicht alle Länder in Europa betreiben aber eine solche explizite Familienpolitik. Häufig finden sich über verschiedene Bereiche der Politik hinweg verstreute Einzelmaßnahmen, denen kein ausformuliertes familienpolitisches Konzept zu Grunde liegt, die aber gleichwohl die Belange von Familien auf unterschiedliche Weise berücksichtigen.

Um die Vielzahl nationalstaatlicher Familienpolitiken zu strukturieren, sind Typologien erforderlich. Ländertypologien haben idealtypischen Charakter und sind daher nicht deckungsgleich mit der Realität. Sie verschaffen aber einen Überblick und arbeiten die wesentlichen Züge familienpolitischer Regimes heraus. Gleichzeitig geht ihr Zweck über die reine Deskription und Ordnung der empirischen Vielfalt hinaus. Die Bildung von (Ideal-) Typen verfolgt immer auch das Ziel, den Erklärungsgehalt makrostruktureller Besonderheiten zu bestimmen. Es geht hier also um die Identifikation von Größen bzw. Variablen, die im Ländervergleich in einen Zusammenhang z.B. mit der Struktur privater Lebensformen gebracht werden können.

Anknüpfungspunkte für eine Typologisierung von Familienpolitik bietet die vergleichende Sozialstaatsforschung. Spätestens seit *Esping-Andersens* "The Three Worlds of Welfare Capitalism" (1990) hat diese Forschungsrichtung Konjunktur und nach wie vor stellt seine Studie den wohl prominentesten Versuch einer Klassifikation von Wohlfahrtsstaaten dar. In ihr wird behauptet, dass Wohlfahrtsstaaten durch das relative Gewicht- der drei Versorgungsinstitutionen Staat, Markt und Familie gekennzeichnet sind und dass sich Unterschiede in diesem Arrangement nicht auf einem eindimensionalen Kontinuum abtragen lassen, sondern qualitativer Natur

sind. Gebündelt werden die Besonderheiten einzelner Wohlfahrtsstaaten in drei Regimetypen: dem liberalen, dem konservativen und dem sozialdemokratischen. Das liberale Modell des Wohlfahrtsstaates zeichnet sich kurz gesprochen durch ein geringes Maß an sozialer Absicherung und eine Dominanz des Marktes aus, das konservative Modell durch eine am Statuserhalt orientierte Leistungsgewährung und eine dem Prinzip der Subsidiarität verpflichtete staatliche Fürsorge, und das sozialdemokratische Modell schließlich ist geprägt von umfangreichen Sozialleistungen und einer an der Herstellung von Gleichheit orientierten Politik. Was die Stellung der Familie in der Gesellschaft betrifft, so ist sie am stärksten im konservativen Modell. Hier ist die Familie zuständig für die Versorgung ihrer Mitglieder in Kindheit und Alter oder bei Krankheit und Invalidität und wird dafür vom Staat gefördert. Diese Förderung soll eine Hilfe zur Selbsthilfe sein und nicht die Familie ersetzen. Den Kontrast dazu bildet der sozialdemokratische Typ, in dem staatliche Leistungen an die Stelle von Markt und Familie treten und daher jeder unabhängig von seiner privaten Lebenssituation ein hohes Maß an Absicherung genießt. Nach *Esping-Andersen* entspricht Schweden am ehesten diesem Modell, (West-)Deutschland ist prototypisch für das konservative Modell und die USA stehen für den liberalen Regimetyper, in dem der Staat die Familie nicht ersetzt, sie aber auch kaum unterstützt.

Während *Esping-Andersen* das sozialstaatliche Gefüge als Ganzes zum Gegenstand seiner Betrachtung macht, liegen mittlerweile auch verschiedene Typologien vor, die sich ausschließlich auf den Bereich der Familienpolitik beziehen. Ihnen allen gemeinsam ist die Auffassung, dass sich die vielfältigen Erscheinungsformen wohlfahrtsstaatlicher bzw. familienpolitischer Intervention nicht graduell, sondern substantiell voneinander unterscheiden. Sie sind "pfadabhängig", das heißt sie formen sich in Abhängigkeit von jeweils geschichtswirksam gewordenen politischen Kräftekonstellationen und der jeweiligen Entstehungsgeschichte staatlicher Wohlfahrtsproduktion (z.B. *Lessenich/Ostner* 1998). Die Konzentration auf familienbezogene Sozialpolitik führt zu anderen Typenbildungen und anderen Länderzuordnungen als bei *Esping-Andersen*, dennoch sind die Übereinstimmungen mitunter recht hoch.

Drei Typologien von Familienpolitik werden im Folgenden dargestellt und vergleichend diskutiert. Es sind dies die Ansätze von *Strohmeier* (1995), *Gauthier* (1996) und *Fux* (1994, 2002).⁵ Sie verwenden verschiedene Kriterien zur Klassifikation familienpolitischer Regimes und nehmen eine unterschiedliche Einteilung einzelner Länder vor. Einbezogen werden in die vergleichende Betrachtung entweder die Familienpolitiken Westeuropas (*Strohmeier und Fux*) oder aller Industriestaaten westlicher Prägung (*Gauthier*). Einige Länder darunter gelten als prototypische Fälle, die den jeweiligen Idealtypen am nächsten kommen, während andere weniger eindeutig klassifizierbar sind oder Mischformen darstellen. Wo sich die familienbezogenen Politiken der ehemals sozialistischen Staaten Osteuropas verorten lassen, bleibt in allen hier vorgestellten Ansätzen weitgehend offen.

3.1 Familienpolitische Regimetypen nach *Strohmeier*

Die von *Strohmeier* (1995; *Kuijsten et al.* 1994) vorgeschlagene Typologie geht ursprünglich auf *Kaufmann* (1982) zurück und basiert auf der Unterscheidung zwischen einer ökonomischen und einer ökologischen Interventionsform staatlicher Sozial- bzw. Familienpolitik. Die ökonomische Form der Intervention umfasst direkte

und indirekte Einkommenstransfers, mit der ökologischen Intervention sind soziale Dienstleistungen vor allem im Bereich der Kinderbetreuung gemeint. Daneben kann auch eine rechtliche Form familienpolitischer Intervention abgegrenzt werden, der jedoch gemessen an Umfang und Wirkung in allen Ländern Europas das relativ geringste Gewicht zukommt. Je nachdem, in welchem Umfang nun die Familienpolitik monetäre Leistungen und/oder Dienste anbietet, ergeben sich nach Strohmeier vier familienpolitische Profile (vgl. Abb. 2). Diese erlauben zugleich "eine Bestimmung der jeweils politisch gestützten ‚Normalitäten‘ des Familienlebens" (Strohmeier 1995: 22).

1. Im ersten Fall sind beide Formen der Intervention stark ausgeprägt. Die Familie kann als Empfänger umfangreicher Transfereinkommen auf die Erwerbstätigkeit eines Elternteils verzichten, muss dies aber nicht, weil gleichzeitig der Bedarf an Kinderbetreuung gedeckt ist. Dadurch ist ein hohes Maß an Wahlfreiheit gegeben. Frauen können eine Familie gründen und lebenslang erwerbstätig bleiben, wodurch unter dem Aspekt der ökonomischen Absicherung auch die Notwendigkeit einer Eheschließung entfällt. Es kann aber genauso die traditionelle Form der Arbeitsteilung gewählt werden, ohne dafür allzu große finanzielle Einbußen hinnehmen zu müssen. Staatliche Zuwendungen sind dabei an das Vorhandensein von Kindern und nicht an den formalen Status der Ehe gekoppelt. Dieses familienpolitische Profil wird in Europa am ehesten von Frankreich und Dänemark repräsentiert. Gleichwohl entsprechen sie dem Idealtyp nicht vollständig. Nirgendwo ist "das Ausmaß der finanziellen Transfers an Familien so hoch, dass Erwerbstätigkeit nur eines Elternteils in jedem Fall ausreichte, und sind zugleich für alle Kinder im relevanten Alter öffentliche Kinderbetreuungsangebote vorhanden" (Strohmeier 1995: 23).
2. Im zweiten Fall garantieren Transferleistungen die wirtschaftliche Grundsicherung von Familien, fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen behindern jedoch die Erwerbstätigkeit beider Eltern. Die Entscheidung für Kinder, vor allem für mehrere Kinder, bedeutet hier den zumindest zeitweiligen Verzicht auf die Erwerbstätigkeit eines Elternteils. Weil der Ausstieg aus dem Beruf zugleich einen Verlust an eigenständiger sozialer Absicherung bedeutet, ist Elternschaft in aller Regel an die Schließung einer Ehe gekoppelt. Familienpolitisches Leitbild war hier lange Zeit das Ernährer-Hausfrauen-Modell, in dem der Ehemann die materielle Versorgung der Familie übernimmt und die Ehefrau für Hausarbeit und Kinderbetreuung zuständig ist. Typischer Vertreter dieses Modells ist (West-)Deutschland.
3. In einem weiteren familienpolitischen Profil liegt das Gewicht hauptsächlich auf der ökologischen Form der Intervention. Hier besteht eine wirtschaftliche Notwendigkeit der Erwerbstätigkeit beider Eltern, die durch Bereitstellung entsprechender Dienstleistungen auch möglich ist. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfolgt damit simultan und lebenslange Erwerbstätigkeit ist für Frauen ebenso selbstverständlich wie für Männer. Gleichzeitig wird die Beteiligung von Vätern an der Kindererziehung politisch gefördert. Dieses Profil ist in den skandinavischen Ländern und darunter vor allem in Schweden vorzufinden.
4. Im vierten Fall schließlich sind die Interventionen insgesamt gering ausgeprägt. Die Familienpolitik kompensiert weder die ökonomischen Belastungen der Familie noch schafft sie die notwendigen Voraussetzungen dafür, Erwerbstätigkeit und Elternschaft miteinander zu verbinden. Die Familie bleibt sich hier weitgehend selbst überlassen und befindet sich in einer strukturell benachteiligten

Situation. Anspruch auf staatliche Unterstützung haben in der Regel nur einkommensschwache Familien, ansonsten basiert die Bewältigung von Problemlagen auf informeller Hilfe. Dementsprechend ist die Solidarität unter den Familienmitgliedern stark ausgeprägt. Italien mit seiner wenig entwickelten Familienpolitik, Großbritannien und Irland kommen diesem Typ sehr nahe.

Abb. 2: Familienpolitikprofile und typische Ländervertreter nach Strohmeier (1995)

Fig. 2: Family policy profiles and typical country representatives according to Strohmeier (1995)

Profil	Klassifikationskriterium		typische(r) Ländervertreter
	ökonomische Intervention (Einkommenstransfers)	ökologische Intervention (öffentl. Kinderbetreuung)	
(1)	hoch	hoch	Frankreich, Dänemark
(2)	hoch	niedrig	(West-)Deutschland
(3)	niedrig	hoch	Schweden
(4)	niedrig	niedrig	Italien, Großbritannien, Irland

Quelle: Strohmeier (1995)

In zwei der von Strohmeier berücksichtigten Länder hat im Verlauf der 90er Jahre eine Verschiebung des familienpolitischen Profils stattgefunden: In Ostdeutschland und in den Niederlanden. Die ehemalige DDR war geprägt von einer typisch sozialistischen Politik, die geringes Gewicht auf die ökonomische und hohes Gewicht auf die ökologische Form der Intervention gelegt hat. Ein hoher Anteil an Erziehungs- und Pflegearbeit war aus der Familie ausgelagert und Frauen waren, unabhängig von ihrer privaten Lebenssituation, vollständig in den Erwerbsprozess integriert. Neben der Herstellung von Geschlechtergleichheit war zeitweise auch eine Steigerung der Geburtenzahlen explizites Ziel staatlicher Politik. Im Zuge der Wiedervereinigung wurde die bundesdeutsche Familienpolitik in den Osten transferiert. In den Niederlanden hingegen fand die Schwerpunktverlagerung gerade in entgegengesetzter Richtung statt, also weg von der Leitidee der männlichen Ernährerehe hin zum Leitbild des egalitären Doppelverdiener(ehe)paares. Öffentliche Angebote zur Kinderbetreuung wurden ausgebaut und Frauen können ihre soziale Sicherung nicht mehr von einem erwerbstätigen Ehemann ableiten, sondern müssen eigenständig vorsorgen.

3.2 Familienpolitische Regimetypen nach Gauthier

Gauthier (1996) vergleicht die nationalstaatlichen Familienpolitiken nach etwas anderen Gesichtspunkten, kommt aber zu ganz ähnlichen Ergebnissen. Auch sie unterscheidet im Wesentlichen vier Profile, häufig mit denselben Ländern als prototypischen Vertretern (vgl. Abb. 3). Diese variieren ebenso wie bei Strohmeier nach dem Grad der ökonomischen Unterstützung von Familien, sodann nach dem Ausmaß der Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen sowie den politischen Zielsetzungen der jeweiligen Maßnahmen.

1. Das erste Modell ist pronatalistisch ("pro-family/pro-natalist") und wird innerhalb Europas von Frankreich repräsentiert. Eine Erhöhung der Geburtenzahlen ist hier

ausdrückliches Ziel staatlicher Politik. Über die Setzung finanzieller Anreize und über die Beseitigung von Barrieren zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird versucht, dieses Ziel zu erreichen. Eltern erhalten mit der Anzahl der Kinder steigende monetäre Zuwendungen und es stehen genug öffentliche Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung, um als Vater und Mutter durchgängig erwerbstätig bleiben zu können.

2. Ein zweites Profil wird als traditional ("pro-traditional") bezeichnet. Die ökonomische Förderung und Stärkung der Familie hat hier einen hohen Stellenwert, gleichzeitig soll sie nach dem Prinzip der Subsidiarität vor den Zugriffen des Staates geschützt und in ihrer Eigenverantwortung gestärkt werden. Die Frau wird nicht mehr ausschließlich als Hausfrau, aber gemäß dem Leitbild der "male-breadwinner family" allenfalls als Zuverdienerin verstanden. Ebenso wie *Strohmeier* sieht auch *Gauthier* dieses Profil am ehesten in (West-)Deutschland verwirklicht. Daneben wird die niederländische Familienpolitik zu Beginn der 90er Jahre als traditional klassifiziert.
3. In deutlichem Kontrast dazu steht das skandinavische "pro-egalitarian" Modell, das an der Herstellung von Geschlechtergleichheit orientiert ist. Familienpolitik steht hier unter dem Vorzeichen von Frauen- bzw. Gleichstellungspolitik, nicht umgekehrt. Sowohl die Erwerbstätigkeit von Frauen als auch die stärkere Beteiligung von Männern an der Haus- und Familienarbeit wird aktiv gefördert. Statt die Familie finanziell zu unterstützen, sieht es der Staat als seine Aufgabe an, ein umfangreiches und hochwertiges Angebot zur Betreuung und Erziehung von Kindern zur Verfügung zu stellen.
4. Das vierte Modell wird als "pro-family, but non-interventionist" charakterisiert. Familie wird hier als Privatangelegenheit verstanden, Hilfe ist nur für materielle Notlagen vorgesehen. Die Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern wird zwar nicht behindert, aber auch nicht durch entsprechende Maßnahmen gefördert. In Europa wird dieses Modell am ehesten von Großbritannien verkörpert.

Abb. 3: Familienpolitikprofile und typische Ländervertreter nach *Gauthier* (1996)

Fig. 3: Family policy profiles and typical country representatives according to *Gauthier* (1996)

Profil	Klassifikationskriterium			typische(r) Ländervertreter innerhalb Europas
	ökonomische Unterstützung von Familien	Förderung der Frauenerwerbstätigkeit	wesentliche politische Zielsetzung	
pro-natalist	hoch	stark	Geburtenförderung	Frankreich
pro-traditional	mittel	schwach	Stärkung der Familie	(West-)Deutschland
pro-egalitarian	mittel	stark	Geschlechtergleichheit	skandinavische Länder, Dänemark
Non-interventionist	niedrig	weder noch	-	Großbritannien
Zusatztyp	sehr niedrig	weder noch	-	südeuropäische Länder

Quelle: *Gauthier* (1996)

Die südeuropäischen Länder ordnet *Gauthier* allerdings nicht diesem Profil zu. Anders als *Strohmeier* kommt sie bei einer differenzierteren Betrachtung zu einem weiteren Typ (5), der sich im Unterschied zu den vier Haupttypen durch eine erhebliche Intransparenz bzw. Abwesenheit staatlicher Familienpolitik auszeichnet. Besonders die finanzielle Unterstützung von Familien fällt hier sehr gering aus. Gemessen daran gehören Italien neben Spanien, Portugal und Griechenland zu den "low support countries", während Großbritannien als prototypischer Vertreter des vierten Modells zu den "medium support countries" zählt (*Gauthier* 1996: 163ff). Zwar übernimmt auch in Großbritannien der Staat insgesamt wenig Verantwortung für die Belange von Familien, gewährt aber immerhin "targeted benefits" im Falle besonderer Bedürftigkeit.

3.3 Familienpolitische Regimetypen nach *Fux*

Einen anderen Versuch der Typologisierung von Familienpolitik unternimmt *Fux* (1994, 2002). In Anlehnung an *Esping-Andersen* betont er die unterschiedlichen historischen Entwicklungspfade wohlfahrtsstaatlicher Politik und betrachtet familienbezogene Interventionen als einen integralen Bestandteil dieser Politik. Dennoch übernimmt er die Typologie *Esping-Andersens* nicht einfach. Nicht nur, weil dort der explizite Bezug zur Familienpolitik fehlt, sondern auch weil die zur Bezeichnung der Regimetypen verwendeten Begriffe (id est liberal, konservativ, sozialdemokratisch) eine zu starke politische "Färbung" aufweisen und insofern irreführend sein könnten. Gleichwohl weicht sein Vorschlag vergleichsweise wenig von dem *Esping-Andersens* ab. Auch *Fux* (2002) unterscheidet drei qualitativ verschiedenen Regimetypen und nimmt eine ganz ähnliche Zuordnung von Ländern vor. Als Kriterien zur Herausbildung familienpolitischer Profile dienen ihm die politische Kultur bzw. Tradition eines Landes, dessen religiöse Prägung, das Ausmaß der Verantwortlichkeit des Staates für die Wohlfahrt seiner Bürger, die Leitbilder und Zielsetzungen der jeweiligen Familienpolitiken sowie die konkreten Maßnahmen zu deren Umsetzung. Dies führt zur Unterscheidung eines individualistischen, eines etatistischen und eines familialistischen Profils von Familienpolitik (vgl. Abb. 4).

1. Das individualistische Profil zeichnet sich durch eine schwache Stellung des Staates aus. Geprägt durch eine liberale Tradition wird eine "far-reaching policy of laissez-faire" (*Fux* 2002: 374) betrieben, in der die Eigenverantwortlichkeit der Bürger betont und deren Lebensformen als reine Privatangelegenheit betrachtet werden. Von einer Familienpolitik kann hier am wenigsten die Rede sein. Regelungen und Maßnahmen zur Unterstützung von Familien existieren kaum und die Lösung von Problemen, etwa bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ist auf private Arrangements angewiesen. Typischer Vertreter dieses Modells ist die Schweiz. Auch die Niederlande zählt *Fux* dazu,⁶ obwohl sich hier ein Wandel des familienpolitischen Profils abzeichnet.
2. Und zwar in Richtung des etatistischen Typs, der sich im Gegensatz zum individualistischen durch eine starke Rolle des Staates auszeichnet. Eine früh einsetzende Säkularisierung und Modernisierung hat hier in Verbindung mit der Dominanz sozialdemokratischer oder sozialistischer Regierungen dazu geführt, dass eine emanzipatorische Politik betrieben wird. Die Gleichheit der Geschlechter und die Gleichstellung aller Lebensformen werden aktiv gefördert. Der

Wohlfahrtsstaat ist in der Regel gut ausgebaut und das Spektrum biographischer Optionen ist hoch. Religiös geprägt sind die zu diesem Typ gehörenden Länder häufig vom Protestantismus. Es sind dies die skandinavischen Staaten sowie Dänemark. Daneben werden auch die ehemalige DDR sowie einige Länder Osteuropas als etatistisch klassifiziert.⁷

3. Das familialistische Profil schließlich ist gekennzeichnet von einer starken Ausrichtung sozialstaatlicher Politik auf die Belange von Familien. Hier findet sich ein gut ausgebautes Maßnahmensystem mit Schwerpunkt auf der ökonomischen Unterstützung von Familien, das mitunter auch pronatalistische Komponenten enthält. Politisches Leitbild ist die traditionelle Familie. Dementsprechend wird das eheliche Zusammenleben häufig steuerlich begünstigt und Bemühungen zum Abbau geschlechtsspezifischer Ungleichheiten fallen gering aus. Typische Vertreter dieses Modells sind Frankreich, Belgien und Italien, ebenfalls hinzugezählt werden die übrigen Staaten Südeuropas. Es handelt sich also häufig um Länder, in denen der Katholizismus historisch eine bedeutsame Rolle gespielt hat. Auch (West-)Deutschland und Österreich werden von *Fux* als familialistisch eingestuft, wenngleich er in beiden Ländern auch einige Elemente des etatistischen Profils verwirklicht sieht. Als ein solches wird insbesondere die starke Stellung des Staates hervorgehoben.

Abb. 4: Familienpolitikprofile und typische Ländervertreter nach *Fux* (2002)

Fig. 4: Family policy profiles and typical country representatives according to *Fux* (2002)

Profil	Klassifikationskriterium					typische(r) Länderver- treter
	politische Prägung	religiöse Prägung	Rolle des Staates	familien- politisches Leitbild	Schwer- punkt der Interventi- on	
individua- listisch	liberal	-	schwach	Familie als Privatange- legenheit	insgesamt kaum In- tervention	Schweiz
etatistisch	sozialde- mokra- tisch/sozial istisch	Protestan- tismus	stark	Gleichheit der Ge- schlechter und Le- bensfor- men	ökologi- sche Inter- vention	skandinav. Länder (insb. Schwe- den), Dä- nemark
familialis- tisch	konserva- tiv	Katholi- zismus	mäßig stark	traditionell strukturier- te Familie	ökonomische Interventi- on	Frankreich, Belgien, Italien

Quelle: Fux (2002)

3.4 Zusammenschau der Typologien

Vergleicht man alle drei hier vorgestellten Typologien von Familienpolitik, so weichen sie auf den ersten Blick nicht grundsätzlich voneinander ab. Die familienbezogenen Politiken in den Ländern Europas bzw. der westlichen Welt werden zwar nicht nach denselben, wohl aber nach sehr ähnlichen Kriterien beurteilt - sei es, um sie in einen Zusammenhang mit der Struktur partnerschaftlicher Lebensformen, dem Niveau der Fertilität oder mit familienbezogenen Werte- und Einstellungsmustern zu bringen. Übereinstimmend für wesentlich erachtet werden die Leitbilder und Zielsetzungen

der jeweiligen Familienpolitiken sowie die Schwerpunkte der Intervention. Nationalstaatliche Familienpolitiken unterscheiden sich vor allem danach, welche Vorstellungen von Familie zur Normalität erhoben und welche Aufgaben ihr zugewiesen werden, sowie nach der Art der Unterstützung von Familien, die entweder hauptsächlich über Einkommenstransfers oder über die Bereitstellung von Dienstleistungen erfolgt.⁸

Allerdings herrscht kein Konsens darüber, wie viele und welche Typen von Familienpolitik auf dieser Basis zu bilden sind und wo einzelne Länder darin verortet werden müssen. Die größte Entsprechung findet sich zwischen dem dritten Profil *Strohmeiers*, das sich durch eine hohe ökologische und eine niedrige ökonomische Intervention auszeichnet, dem pro-egalitarian-Modell *Gauthiers* und dem etatistischen Profil von *Fux*. Offensichtlich bilden die skandinavischen Staaten klar ein eigenständiges Profil von Familienpolitik, das von den Familienpolitiken anderer Länder deutlich abgrenzbar ist. Nicht zuletzt deckt sich dies mit dem Befund *Esping-Andersens*, nach dem die skandinavischen Länder und darunter insbesondere Schweden prototypische Vertreter des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates sind. Frankreich repräsentiert übereinstimmend ein anderes Profil von Familienpolitik. Während allerdings *Strohmeier* auch Dänemark zu diesem Profil zählt, rücken *Gauthier* und *Fux* Dänemark in die Nähe der skandinavischen Staaten. Große Ähnlichkeiten mit der Familienpolitik Frankreichs sieht *Fux* stattdessen in Belgien und Italien. In Italien wiederum ist nach *Strohmeier* ein zu Frankreich geradezu konträres Profil von Familienpolitik verwirklicht, dem auch Großbritannien und Irland zugeordnet werden können. *Gauthier* schließlich sieht für die familienbezogenen Politiken der Länder Südeuropas einen eigenständigen Regimetyp vor.

Je nach verwendeten Kriterien der Klassifikation ergeben sich also auch abweichende Typenbildungen und Länderzuordnungen. Während einige Länder relativ unstrittige Fälle sind, lassen sich andere weniger eindeutig oder sogar ganz unterschiedlich verorten. Letzteres kann darauf hindeuten, dass in den betreffenden Familienpolitiken einander widersprechende Prinzipien realisiert sind oder konkurrierende Ziele verfolgt werden. Davon betroffen sind neben Italien und Dänemark auch die Niederlande (bezogen auf die Situation der frühen 90er Jahre), die übrigen Länder Südeuropas und weniger stark ausgeprägt (West-)Deutschland und Österreich. Am widersprüchlichsten fällt sicher die Einschätzung der italienischen Politik aus. *Strohmeier* und *Gauthier* sprechen hier von einer wenig entwickelten Familienpolitik, die sich vor allem durch die weitgehende Abwesenheit von Intervention auszeichnet. *Fux* hingegen zählt Italien zu den familialistischen Ländern, in denen die Bedürfnisse von Familien ansonsten einen hohen politischen Stellenwert haben. Zu erklären ist dies am ehesten damit, dass die Typologie von *Fux* nicht ausschließlich auf Familienpolitik und die verschiedenen Formen der familienpolitischen Intervention ausgerichtet ist, sondern gleichzeitig fundamentale Unterschiede im "kollektiven Denken" markieren soll. So steht in den familialistischen Ländern die Familie im Zentrum des kollektiven Denkens, in den etatistischen Ländern der Staat und in den individualistischen Ländern der einzelne Mensch (*Fux* 1994). Diese Sonderstellung der Typologie von *Fux* zeigt sich auch darin, dass die (west-)deutsche Familienpolitik in ihr als Mischform erscheint, während *Strohmeier* und *Gauthier* sie als prototypische Vertreterin eines an der traditionellen Familie ausgerichteten Profils sehen.

Welche der Typologien die vielfältigen Erscheinungsformen familienbezogener Politiken am besten strukturiert und die größte Erklärungskraft besitzt, wird als empirisch zu klärende Frage betrachtet. Anhand internationaler Vergleiche gilt es zu prüfen, wie gut sich die Einteilung nationalstaatlicher Familienpolitiken in wenige Typen jeweils bewährt. Bisher liegen dazu relativ wenig Befunde vor. Eine neue, zur Überprüfung der Typologien geeignete Datenbasis stellen die Population Policy Acceptance Surveys (PPAS) dar. Nach einem kurzen Überblick über den Stand der empirischen Forschung wird auf deren Analysepotential abschließend ein Ausblick gegeben.

Ein Problem sämtlicher Typologien ist, dass über die Benennung charakteristischer Fälle hinaus nicht immer klar ist, wo die übrigen Länder Europas einzuordnen sind. Und schließlich ist die Einschätzung der familienbezogenen Politiken der im Prozess der Transformation befindlichen Staaten Osteuropas eine weitgehend offene Frage.

4 Bisherige empirische Befunde

Die empirische Forschung beschränkt sich bislang darauf, Zusammenhänge zwischen dem familienpolitischen Profil und der Struktur privater Lebensformen auf der Makroebene nachzuweisen. Tatsächlich lassen sich in den Ländern Europas solche Übereinstimmungen feststellen, die zwar für sich genommen die Wirksamkeit familienpolitischer Rahmenbedingungen noch nicht hinreichend belegen, aber erste Hinweise auf den Erklärungswert der hier diskutierten Typologien geben.

Wie gestalten sich nun also partnerschaftliche und familiäre Lebensformen innerhalb verschiedener Profile von Familienpolitik aus? Das familienpolitische Regime der skandinavischen Länder geht mit einem hohen Grad an Pluralisierung der Lebensformen einher. Pluralisierung meint, dass es neben der traditionellen Ehe und Familie weitere Formen des Allein- oder Zusammenlebens gibt, zwischen denen mehr oder weniger gleichberechtigt gewählt werden kann. Ein wichtiger Indikator dafür ist die Ausbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften, die in Norwegen, Schweden und Finnland vergleichsweise stark ist (z.B. *Höpflinger* 1999). Anders als in der Mehrzahl der übrigen Länder Europas ist diese Form des Zusammenlebens hier nicht nur auf das jüngere Erwachsenenalter beschränkt und damit eine Art Vorstufe zur Ehe, sondern wird häufig auch über die Familiengründung hinaus aufrechterhalten (z.B. *Klein et al.* 2002). Dementsprechend ist der Anteil nichtehelicher Geburten hoch und lag z.B. in Schweden im Jahr 2001 bei 55 % (*Council of Europe* 2002). Der Übergang in die Elternschaft erfordert also offenbar nicht die Absicherung durch die Eheschließung, vor allem weil familienpolitische Rahmenbedingungen eine simultane Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Frauen arbeiten zwar häufig Teilzeit und in weiblich dominierten Berufen, sind in der Regel aber durchgängig erwerbstätig und damit nicht auf das Einkommen des Mannes angewiesen. Die traditionelle Arbeitsteilung ist aufgebrochen und eine "Modernisierung der Familie" (*Strohmeier/Schulze* 1995) hat stattgefunden.

Nimmt man gemäß der Typologie *Strohmeiers* und *Gauthiers* Italien als typischen Vertreter eines Politikprofils, das sich durch sehr geringe Interventionen auszeichnet, so scheint dies die traditionelle Familie zu konservieren. Zwar ist in Italien ein mit vielen anderen europäischen Ländern vergleichbarer Rückgang der Heiratsneigung

und ein Aufschub von Eheschließung und Familiengründung in ein immer höheres Lebensalter zu beobachten,⁹ was aber nicht durch eine Zunahme nichtehelicher Lebensgemeinschaften kompensiert wird (Klein *et al.* 2002). Von einer Pluralisierung der Lebensformen kann hier kaum die Rede sein. Vielmehr ist neben dem Verweilen in der Herkunftsfamilie die Ehe in Verbindung mit Elternschaft die dominierende Form privater Lebensführung. Die niedrige Geburtenziffer Italiens¹⁰ kommt weniger durch Kinderlosigkeit als vielmehr durch die Reduktion der Familiengröße auf häufig nur ein Kind zu Stande (z.B. Dorbritz 2000: 261). Nach wie vor ist es die beherrschende biographische Orientierung, eine eigene Familie zu gründen, allerdings können und wollen Frauen nicht vollständig auf ihre Erwerbstätigkeit verzichten. Entweder wird ihre Arbeitskraft ohnehin gebraucht, wie etwa in der Landwirtschaft und in Familienbetrieben, oder ein zweites Einkommen ist wirtschaftlich notwendig. Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren, ist unter Bedingungen mangelnder staatlicher Unterstützung noch am ehesten mit einem Kind möglich.

Das von (West-)Deutschland repräsentierte Profil von Familienpolitik (wiederum der Typologie Strohmeiers und Gauthiers zufolge) wird in Zusammenhang mit einer Polarisierung von Lebensformen gebracht (z.B. Strohmeier/Schulze 1995). Die privaten Lebensformen spalten sich hier in zwei Bereiche auf, die durch unterschiedliche Strukturen und Entwicklungen gekennzeichnet sind: In einen Familienbereich, der anhaltend traditionell strukturiert und im Schrumpfen begriffen ist, sowie in einen Nicht-Familienbereich, in dem Vielfalt und Pluralität herrscht und der quantitativ an Bedeutung gewinnt. Immer weniger junge Erwachsene sind verheiratet und haben Kinder und immer mehr verzichten auf die Gründung einer eigenen Familie und leben allein oder unverheiratet mit einem Partner zusammen. Die familienpolitisch gesetzten Bedingungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielen hierfür vermutlich eine zentrale Rolle. Fehlende Angebote öffentlicher Kinderbetreuung (insbesondere für Kinder unter 3 Jahren) machen eine phasenweise Unterbrechung der Erwerbsarbeit beim Übergang in die Elternschaft nahezu unvermeidbar. Dadurch wird die Zuständigkeit der Frau für Haushalt und Kindererziehung festgeschrieben,¹¹ während der Mann für den materiellen Unterhalt der Familie zu sorgen hat. Diese Form der Arbeitsteilung ist nicht zuletzt der wesentliche Grund dafür, dass mit der (geplanten) Gründung einer Familie in aller Regel geheiratet wird. Die enge Kopplung der Ehe an die Elternschaft¹² schlägt sich in einer sehr geringen Quote nichtehelicher Geburten nieder. Im Westen Deutschlands lag diese im Jahr 2000 bei nur 18,6 % (Council of Europe 2002). Der Verzicht auf Kinder hingegen eröffnet biographische Wahlmöglichkeiten. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung setzt sich weniger stark durch, die eigene Erwerbstätigkeit garantiert finanzielle Unabhängigkeit und es besteht keine Notwendigkeit zur Festlegung auf eine bestimmte Lebens- und Haushaltsform.

Während also in den skandinavischen Ländern eine Pluralisierung sowohl familialer als auch nichtfamilialer Lebensformen stattgefunden hat, beschränkt sich die Pluralisierung in (West-)Deutschland auf den nichtfamilialen Bereich. In den südeuropäischen Ländern hingegen ist die Pluralisierung in beiden Bereichen weitgehend ausgeblieben.

Frankreich als typischer Vertreter eines von hohen ökonomischen und ökologischen Interventionen gekennzeichneten Familienpolitikprofils bzw. als typisch familialistisches

Land hat eine der höchsten Geburtenziffern in Europa.¹³ Die explizit geburtenfördernden Maßnahmen tragen sicher einen gewissen Teil dazu bei, weit ausschlaggebender dürfte allerdings die gelungene Synchronisation von Familien- und Berufskarriere sein. Wie in den skandinavischen Ländern kann auch in Frankreich von einer "Modernisierung" der Familie gesprochen werden: Familie wird nicht nur als verheiratetes Elternpaar mit Kindern gelebt, in dem der Mann arbeiten geht und die Frau zu Hause die Kinder versorgt, vielmehr leben Paare auch nach dem Übergang in die Elternschaft häufig weiterhin unverheiratet zusammen und auch Mütter kleinerer Kinder gehen einer außerhäuslichen Erwerbstätigkeit nach. Letzteres allerdings in geringerem Ausmaß als in den skandinavischen Ländern. Weil Familien in Frankreich auch finanziell ausreichend unterstützt werden, ist ein doppeltes Einkommen nicht unbedingt notwendig. Damit ist im Vergleich zu anderen europäischen Ländern das höchste Maß an tatsächlicher Wahlfreiheit zwischen Beruf und Familie realisiert.

Die familiendemographische Situation der Schweiz schließlich, die nach *Fux* ein typischer Vertreter des individualistischen Regimes ist, weist einige Ähnlichkeiten mit der (West-)Deutschlands auf. Allerdings sind die Polarisierungstendenzen bezüglich der Lebensformen hier noch stärker ausgeprägt. Kinderlosigkeit ist in der Schweiz weiter verbreitet und geht mit einer deutlichen Pluralisierung von Lebensformen einher. Wo Kinder geboren werden, wird wie in (West-)Deutschland fast immer geheiratet¹⁴ und die Frau gibt ihren Beruf zumindest zeitweise zugunsten der Betreuung und Erziehung ihrer Kinder auf. Damit kann die Familie auch in der Schweiz als "strukturstarr" (*Strohmeier/Schulze* 1995) bezeichnet werden.

Vor dem Hintergrund dieser Befunde scheint sich die Typologie von *Fux* etwas weniger gut in das Bild zu fügen als die Typologien *Strohmeiers* und *Gauthiers*. In (West-)Deutschland und der Schweiz finden sich ähnliche Strukturen privater Lebensformen, obwohl *Fux* diese Länder unterschiedlichen familienpolitischen Regimetypen zuordnet. Frankreich und Italien hingegen werden als typisch familialistisch eingestuft, obwohl sie bezüglich der Formen des partnerschaftlichen und familialen Zusammenlebens einige deutliche Unterschiede aufweisen. Die Korrelation nationaler "family patterns" mit länderspezifischen Profilen von Familienpolitik ist demnach bei Verwendung der Typologien von *Strohmeier* und *Gauthier* höher als bei einer Klassifikation nach *Fux*.

Das familienpolitische Regime steht aber nicht nur in einem Zusammenhang mit familiendemographisch relevantem Verhalten, sondern auch mit den in der Bevölkerung verbreiteten familienbezogenen Wertorientierungen. Unter diesem Aspekt scheint die Unterscheidung von individualistisch, etatistisch und familialistisch geprägten Ländern eher geeignet zu sein. *Fux* (2002: 391) jedenfalls geht von "high correlations between the form of political interventions (regime type) and the occurrence of corresponding values" aus. Er stellt fest, dass Werte wie Toleranz und (Geschlechter-)Gleichheit innerhalb des etatistischen Regimes stark verbreitet sind, dass Kinder, die Institution der Ehe und die traditionelle Form der Arbeitsteilung in familialistischen Ländern eine hohe Wertschätzung genießen und das Streben nach Selbstverwirklichung den höchsten Stellenwert in individualistisch geprägten Ländern hat.

Auch die Ergebnisse der ersten Population Policy Acceptance Surveys (PPA), die zu Beginn der 90er Jahre in neun europäischen Ländern durchgeführt wurden, bestä-

tigen diesen Befund (*Dorbritz/Fux* 1997). So ist z.B. die Toleranz gegenüber "neuen" Lebensformen in der individualistisch geprägten Schweiz und den Niederlanden relativ stark ausgeprägt, während die familialistischen Länder Italien und Österreich eher niedrige Toleranzwerte aufweisen. Ein nahezu identisches Muster findet sich hinsichtlich der emotionalen Wertschätzung von Kindern: In der Schweiz und den Niederlanden haben Kinder einen viel geringeren persönlichen Stellenwert als in Westdeutschland und Italien.

Trotz solcher Befunde gilt es zu bedenken, dass die Einteilung von nationalstaatlichen Familienpolitiken in wenige Profile idealtypisch ist. Damit verbunden ist eine Vereinfachung der komplexen Realität, und politische Veränderungsprozesse werden genauso ausgeblendet wie Unterschiede zwischen Ländern, die demselben Profil zugeordnet werden. Nicht ohne Grund nennt *Gauthier* (1996: 203) die Typenbildung "a risky exercise". Dennoch sind Typologien ein unverzichtbares Hilfsmittel, um im internationalen Vergleich etwas über die Relevanz familienpolitischer Rahmenbedingungen aussagen zu können.

5 Ausblick

Offensichtlich gibt es auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene gewisse Zusammenhänge zwischen der Familienpolitik eines Landes und den dort vorfindbaren Strukturen privater Lebensformen sowie den familienbezogenen Werte- und Einstellungsmustern. Um einem mehrerebenen-analytischen Ansatz gerecht zu werden, sind allerdings auch die damit korrespondierenden Zusammenhänge auf der Mikroebene nachzuweisen. Erst dann kann die Wirkungsweise von Familienpolitik wirklich abgeschätzt und ihre Effekte gegenüber anderen Einflussgrößen abgegrenzt werden.

Dass entsprechende Analysen bislang weitgehend ausgeblieben sind, ist neben der methodischen Komplexität vor allem die Folge einer mangelhaften Datenlage. Notwendig sind international vergleichbare Individualdaten, die häufig nicht oder nur für wenige Länder verfügbar sind und zur Abdeckung verschiedener familienpolitischer Regimetypen nicht ausreichen.

Mit den Population Policy Acceptance Surveys (PPAS), die nun in erweitertem Umfang und in einer größeren Anzahl von europäischen Ländern erneut durchgeführt werden, stehen solche Daten aktuell zur Verfügung. Die Surveys basieren auf einem vereinheitlichten Instrument zur Erhebung von Einstellungen und Meinungen zu demographischen Entwicklungen und darauf bezogenen Politiken, von Erwartungen an die Politik und Einschätzungen von deren Wirksamkeit.¹⁵ Thematisch beschränken sie sich nicht nur auf die Bereiche Familie und Familienpolitik, gleichwohl liegt darauf einer ihrer Schwerpunkte. Neben subjektiven Einstellungs- und Bewertungsfragen werden auch Angaben zu familiendemographisch relevantem Verhalten erhoben. Zur Beantwortung der Frage "Does family policy matter?" kann die PPA-Studie auf verschiedene Weise beitragen. Es können nicht nur Aussagen zum Einfluss familienpolitischer Rahmenbedingungen auf individuelles Verhalten und auf Einstellungen und Meinungen getroffen werden, sondern auch hinsichtlich der Akzeptanz der verschiedenen Politiken sowie der Erwartungen, die jeweils an sie herangetragen werden. Gerade diese "subjektive Komponente" von Politik, d.h. die Perspektive der Adressaten der politischen Maßnahmen, ist in der bisherigen Forschung oft vernachlässigt worden (z.B. *Kohl* 2003).

Die PPA-Surveys werden in einer Reihe westeuropäischer Länder und auch in zahlreichen ehemals sozialistischen Staaten Osteuropas erhoben. Ihre typologische Verödung ist ein Problem, das bisher allenfalls mit der Schaffung einer zusätzlichen Kategorie zu lösen versucht wurde. Unter Bezugnahme auf die Wohlfahrtsstaatstypologie von *Esping-Andersen* werden die Staaten des ehemaligen Ostblocks z.B. einfach als "new, emerging welfare states" bezeichnet (*Knudsen/Wærness* 1999: 187). Offen bleibt jedoch, was inhaltlich genau damit gemeint ist, und es besteht die Gefahr, dass man es lediglich mit einer theoretisch wenig fruchtbaren Restkategorie zu tun hat. Notwendig sind eingehendere Analysen der betreffenden Familienpolitiken, die im Rahmen der Auswertung der PPAS zu leisten sind.

Gerade die Staaten Osteuropas (einschließlich der ehemaligen DDR) und auch die Niederlande sind, was die Wirkungsweise von Politik anbelangt, von besonderem Interesse. In der jüngsten Vergangenheit hat hier ein gravierender Wandel des familienpolitischen Profils stattgefunden und es stellt sich die Frage, inwieweit die "alte" Familienpolitik noch nachwirkt - sowohl in den biographischen Orientierungen, im faktischen Verhalten als auch in den Einstellungen und Meinungen. Im Falle der ehemaligen DDR wird z.B. behauptet, dass weniger ein Wandel von Werten stattgefunden hat und die "neue" Familienpolitik daher in Widerspruch zu den bisherigen Einstellungen und Verhaltensweisen getreten ist (*Niephaus* 2003). Andererseits wird vermutet, dass mit dem Umbruch in Osteuropa eine "Re-Traditionalisierung" von Familie einhergeht, die als Gegenreaktion zur ehemals staatlich verordneten Emanzipation auftritt (z.B. *Knudsen/ Wærness* 1999).

Anmerkungen

- ¹ Am prägnantesten wird diese Idee in der Theorie des zweiten demographischen Übergangs vertreten (*Lesthaeghe* 1983; *Van de Kaa* 1987). Aber auch mit den Konzepten von Individualisierung und Pluralisierung der Lebens- und Familienformen sowie der Deinstitutionalisierung von Ehe und Familie sind entsprechende Überlegungen verbunden.
- ² Das gilt vor allem im Sinne ihrer Wirkung auf die Formen privater Lebensführung. Darüber hinaus ist Familienpolitik im Wesentlichen sozialpolitisch begründet, indem sie die Leistungen der Familie anerkennt und die durch Kinder verursachten Kosten für die Familie verringert (Familienlastenausgleich).
- ³ Daneben spielen auch kulturell und religiös geprägte Vorstellungen eine Rolle.
- ⁴ Die Opportunitätskosten, die durch den Verzicht auf Erwerbseinkommen beim Übergang in die Elternschaft entstehen, sind nur *ein* Erklärungsfaktor des generativen Verhaltens.
- ⁵ Vorab sei darauf hingewiesen, dass mit der Reihenfolge der Darstellung der einzelnen Ansätze keinerlei Wertung verbunden ist.
- ⁶ Diese Zuordnung bezieht sich auf die Situation von 1990.
- ⁷ Welche Länder Osteuropas dem etatistischen Typ zugeordnet werden, ist allerdings nicht näher spezifiziert.
- ⁸ Im angelsächsischen Sprachraum hat sich bezüglich der Schwerpunkte der familienpolitischen Intervention die Unterscheidung zwischen "cash" und "services" eingebürgert.
- ⁹ Primär ist dies eine Folge der Bildungsexpansion (z.B. *Blossfeld* 1995).

- ¹⁰ Im Jahr 2000 lag die zusammengefasste Geburtenziffer, die Total Fertility Rate (TFR) bei 1,24 Kindern pro Frau (*Council of Europe* 2002).
- ¹¹ Dass es in aller Regel die Frau ist, die ihre Erwerbstätigkeit unterbricht, zeigen Zahlen zur Inanspruchnahme des Erziehungsurlaubs bzw. der Elternzeit. Obwohl beide Geschlechter Anspruch darauf haben, wird er zu rund 98 % von Frauen genommen (*Engstler/Menning* 2003: 118).
- ¹² *Nave-Herz* (1988) spricht von der "kindorientierten Ehegründung".
- ¹³ Die Total Fertility Rate (TFR) lag im Jahr 2001 bei 1,9 Kindern pro Frau, was dem Bestandhaltungsniveau recht nahe kommt (*Council of Europe* 2002).
- ¹⁴ Der Anteil nichtehelicher Geburten liegt mit 10,7 % im Jahr 2000 noch niedriger als in (West-)Deutschland. Von den westeuropäischen Ländern hat nur noch Italien ein ähnlich niedriges Niveau (*Council of Europe* 2002).
- ¹⁵ Für einen ersten Überblick über Inhalte und Methodik der Population Policy Acceptance Surveys (PPAS) und über das von der Europäischen Union finanzierte DIALOG-Projekt zu deren international vergleichender Auswertung vgl. *Lengerer* 2003. Weitere Informationen finden sich auch auf der Web-Seite des Projekts, die über die Homepage des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (www.bib-demographie.de) zugänglich ist.

Summary

The present article focuses on family policies in Europe and their relevance for family change. It is assumed that family policy measures have no direct impact on the spread of different kinds of living arrangements. There is also no causal link between policy and fertility. But family policy has its own meaning. Family policy does not work as a determinant of behaviour, but as a constraint of individual decision-making on action. The consequences of alternative biographic options are affected by family policy and this, in turn, stimulates or prevents their realisation.

To find out something about the effects of opportunities and constraints provided by family policies, it is first necessary to point out their main characteristics and to classify their varied forms. Different typologies were suggested recently for that purpose. The approaches from Fux, Gauthier and Strohmeier will be presented and discussed here. They use different criteria to identify regime types of family policy and they make different classifications of selected countries.

Up to now there are only little empirical findings on the impact of family policy respectively on the explanatory power of such typologies. A relationship between policy profile and the forms of private life can be observed on the macro level. But if such a relationship really implies causality is not proofed yet sufficient. Further research is needed here. The fail to do such research is last but not least the consequence of a lack of suitable data, which means international comparative individual-level data.

Résumé

Cet article traite des politiques familiaux dans les pays de l'Europe et de leur rôle pour le changement familial. Il est supposé que les mesures politiques familiales n'ont pas d'effet direct sur les formes de vie commune en couple et en famille. La fécondité ne peut pas être immédiatement influencée par la politique non plus. La politique familiale

n'est tout de même pas sans importance aucune. Elle ne détermine pas le comportement, mais les conditions-cadre pour les décisions individuelles d'actions. Elle influence les conséquences liées aux différentes options d'actions et rend en conséquence la réalisation de chacune d'elles plus probable ou plus improbable.

Afin de pouvoir dire quelque chose sur l'importance des conditions-cadre politiques familiaux ses caractéristiques essentielles sont à découvrir et ses formes variées sont à classer. Récemment des différentes typologies en ont été proposées. Sont présentées et discutées les approches de Fux, Gauthier et Strohmeier qui appliquent des différents critères pour la formation de régimes politiques familiaux et qui procèdent à une attribution différente des pays concernés.

Des résultats empiriques sur l'efficacité des conditions-cadre politiques familiaux ou sur la capacité d'explication des telles typologies ne sont encore disponibles qu'à peine. Au macro-niveau un lien entre le profil politique d'un pays et la structure y observable des formes de vie privée peut certes être démontré. Pourtant le fait qu'un tel lien implique effectivement une relation causale n'est jusqu'à présent pas encore prouvé suffisamment. Reste une lacune à fermer dans la recherche, qui ne résulte pas forcément en dernier lieu d'un manque de données individuelles appropriées, à savoir comparables au niveau international.

Literaturverzeichnis

- Blossfeld, Hans-Peter*, 1995: Changes in the Process of Family Formation and Women's Growing Economic Independence: A Comparison of Nine Countries. In: *Blossfeld, Hans-Peter* (Hrsg.): The New Role of Woman. Family Formation in Modern Societies. Boulder/San Francisco/Oxford: Westview: 3-32
- Coleman, James S.*, 1990: Foundations of Social Theory. Cambridge/Mass.: Belknap Press
- Council of Europe*, 2002: Recent demographic developments in Europe. Straßburg: Council of Europe Publishing
- Dorbritz, Jürgen; Fleischhacker, Jochen*, 1995: Der Übergang von der Bevölkerungs- zur Familienpolitik in den neuen Bundesländern - ein Beitrag zum familienpolitischen Diskurs in Deutschland. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 20,2: 159-185
- Dorbritz, Jürgen; Fux, Beat*, 1997 (Hrsg.): Einstellungen zur Familienpolitik in Europa. Ergebnisse eines vergleichenden Surveys in den Ländern des "European Comparative Survey on Population Policy Acceptance (PPA)". München: Boldt
- Dorbritz, Jürgen*, 2000: Europäische Fertilitätsmuster. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 25,2: 235-266
- Engstler, Heribert; Menning, Sonja*, 2003: Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Esping-Andersen, Gøsta*, 1990: The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge: Polity Press
- Fux, Beat*, 1994: Der familienpolitische Diskurs. Eine theoretische und empirische Untersuchung über das Zusammenwirken und den Wandel von Familienpolitik, Fertilität und Familie. Berlin: Duncker & Humblot

- Fux, Beat*, 2002: Which Models of the Family are Encouraged or Discouraged by Different Family Policies? In: *Kaufmann, Franz-Xaver et al.* (Hrsg.): Family Life and Family Policies in Europe. Vol. 2: Problems and Issues in Comparative Perspective. Oxford: University Press: 363-418
- Gauthier, Anne Hélène*, 1996: The State and the Family. A Comparative Analysis of Family Policies in Industrialized Countries. Oxford: Clarendon
- Grünheid, Evelyn*, 2003: Junge Frauen in Deutschland - Hohe Ausbildung contra Kinder? In: *BiB-Mitteilungen* 24,1: 9-15
- Höhn, Charlotte; Schubneil, Hermann*, 1986: Bevölkerungspolitische Maßnahmen und ihre Wirksamkeit in ausgewählten europäischen Industrieländern. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 12,1: 3-51 (Teil I) und 12,2: 185-219 (Teil II)
- Höpflinger, François*, 1999: Nichtehele Lebensgemeinschaften im internationalen Vergleich. In: *Klein, Thomas; Lauterbach, Wolfgang* (Hrsg.): Nichtehele Lebensgemeinschaften. Analysen zum Wandel partnerschaftlicher Lebensformen. Opladen: Leske + Budrich: 167-181
- Huinink, Johannes*, 1989: Mehrebenensystem-Modelle in den Sozialwissenschaften. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag
- Kaufmann, Franz-Xaver*, 1982: Elemente einer soziologischen Theorie sozialpolitischer Intervention. In: *Kaufmann, Franz-Xaver* (Hrsg.): Staatliche Sozialpolitik und Familie. München: Oldenbourg: 49-86
- Kaufmann, Franz-Xaver*, 1990: Ursachen des Geburtenrückgangs in der Bundesrepublik Deutschland und Möglichkeiten staatlicher Gegenmaßnahmen. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 16,3-4: 383-396
- Kiernan, Kathleen*, 2000: European Perspectives on Union Formation. In: *Waite, Linda J.* (Hrsg.): The Ties that Bind. Perspectives on Marriage and Cohabitation. New York: Aldine de Gruyter: 40-58
- Klein, Thomas; Lengerer, Andrea; Uzelac, Michaela*, 2002: Partnerschaftliche Lebensformen im internationalen Vergleich. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 27,3: 359-379
- Knudsen, Knud; Wærness, Kari*, 1999: Reactions to Global Processes of Change: Attitudes toward Gender Roles and Marriage in Modern Nations. In: *Comparative Social Research* 18: 161-195
- Kohl, Jürgen*, 2003: Breite Zustimmung für Beibehaltung des Rentenniveaus auch bei steigenden Beiträgen. Einstellungen zur Alterssicherung im europäischen Vergleich. In: *Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI)* 29: 1-6
- Kuijsten, Anton*, 1996: Changing Family Patterns in Europe: A Case of Divergence? In: *European Journal of Population* 12: 115-143
- Kuijsten, Anton; Strohmeier, Klaus Peter; Schulze, Hans-Joachim*, 1994: Social Policy and the Forms of Family Life in Europe. In: *International Social Security Review* 47,3-4: 11-30
- Lengerer, Andrea*, 2003: Die Population Policy Acceptance Study (PPAS). In: *BiB-Mitteilungen* 24,2: 25-30
- Lessenich, Stephan; Ostner, Ilona*, 1998: Welten des Wohlfahrtskapitalismus - Wandel der Wohlfahrtsstaatsforschung: Beiträge aus der ‚dritten Welt‘. In: *Lessenich, Stephan; Ostner, Ilona* (Hrsg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive. Frankfurt a.M./New York: Campus: 9-17

- Lesthaeghe, Ron*, 1983: A Century of Demographie and Cultural Change in Western Europe: An Exploration of Underlying Dimensions. In: *Population and Development Review* 9: 411-435
- Masia, Maurizia*, 2003: Kinderlosigkeit in der Schweiz. Eine empirische Untersuchung über den Einfluss von Bildung und Erwerbsorientierung von Frauen auf die Kinderlosigkeit. Zürich (unveröffentlichte Forschungsarbeit am Soziologischen Institut der Universität Zürich, eingereicht bei *Beat Fux*)
- Nave-Herz, Rosemarie*, 1988: Kontinuität und Wandel in der Bedeutung, in der Struktur und Stabilität von Ehe und Familie in der Bundesrepublik Deutschland. In: *Nave-Herz, Rosemarie* (Hrsg.): *Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart: Enke: 61-94
- Niephaus, Yasemin*, 2003: Der Geburteneinbruch in Ostdeutschland nach 1990. Staatliche Regulierung generativen Handelns. Opladen: Leske + Budrich
- Strohmeier, Klaus Peter*, 1995: Familienpolitik und familiale Lebensformen - Ein handlungstheoretischer Bezugsrahmen. In: *Nauck, Bernhard; Onnen-Iseman, Corinna* (Hrsg.): *Familie im Brennpunkt von Wissenschaft und Forschung*. Neuwied, Kriftel, Berlin: Luchterhand: 17-36
- Strohmeier, Klaus Peter*, 2002a: Family Policy - How does it work? In: *Kaufmann, Franz-Xaver et al.* (Hrsg.): *Family Life and Family Policies in Europe. Vol. 2: Problems and Issues in Comparative Perspective*. Oxford: University Press: 321-362
- Strohmeier, Klaus Peter*, 2002b: Familienpolitik und Familienleben in Europa. In: *Dorbritz, Jürgen; Otto, Johannes* (Hrsg.): *Familienpolitik und Familienstrukturen. Ergebnisse der gemeinsamen Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft und der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft*, H. 108. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
- Strohmeier, Klaus Peter; Schulze, Hans-Joachim*, 1995: Die Familienentwicklung der achtziger Jahre in Ost- und Westdeutschland im europäischen Kontext. In: *Nauck, Bernhard; Schneider, Norbert F.; Toelke, Angelika* (Hrsg.): *Familie und Lebensverlauf im gesellschaftlichen Umbruch*. Stuttgart: Enke: 26-38
- Van de Kaa, Dirk J.*, 1987: Europe's Second Demographie Transition. In: *Population Bulletin*: 42
- (Anschrift d. Verf.: Andrea Lengerer, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Friedrich-Ebert-Allee 4, D-65185 Wiesbaden, E-Mail: andrea.lengerer@destatis.de, URL: <http://www.bib-demographie.de>)